

Sitzungsniederschrift

28. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich (Raum 1.106)		
Sitzungsdatum: 21.12.2015	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:18 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Altmann, Gila	GRÜNE	
Biller, Anita	SPD	
Carow, Johanne	FW	
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	
Ihnen, Hermann	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	Vertretung für Frau Friederike Dirks
Kleen, Barbara	SPD	
Odens, Roelf	CDU	
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Gerdes, Richard		
Hülsebus, Dieter		
Tobiassen, Bernd		
Verwaltung		

Christoffers, Dieter	Leiter des Sozialamtes
Heeren, Eimo Dr.	Leiter des Amtes für Gesundheitswesen
Krantz-Rewerts, Silke	
Müller, Michael	stv. Leiter des Sozialamtes und Protokollführer
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat

Nicht anwesend:

Mitglieder

Dirks, Friederike CDU

Beratende Mitglieder

Borm, Hans-Joachim

Cordes, Andrea

Pieschke, Bärbel

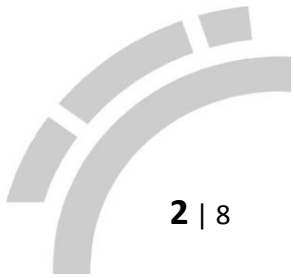
Verwaltung

Jelden, Frauke Gleichstellungsbeauftragte

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Einwohnerfragestunde
5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08.10.2015
- öffentlicher Teil -
6. Antrag des Ev.-luth. Kirchenkreises auf Anpassung der Förderung der Schuldnerberatung für die Beratungsstellen in Aurich und Norden vom 03.11.2014
Vorlage: VIII/2014/233-1
7. Antrag des Deutschen Roten Kreuz -Kreisverband Aurich- auf einen Zuschuss zur Migrations- und Flüchtlingssozialarbeit
Vorlage: VIII/2015/170-1
8. Antrag des Deutschen Roten Kreuzes Kreisverband Aurich e. V. auf Übernahme der Personalkosten für eine dritte Betreuungskraft für das Übernachtungsheim für Obdachlose und Nichtsesshafte in Aurich
Vorlage: VIII/2015/279
9. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.12.2015: Weiterentwicklung der Pflegekonferenz des Landkreises Aurich als externen Qualitätszirkel
Vorlage: VIII-AF/2015/041
10. Sachstandsbericht zur Einführung einer Landkreis Card



11. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
 12. Einwohnerfragestunde
 13. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:00 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08.10.2015 - öffentlicher Teil -

Abgeordneter Sievers wies darauf hin, dass in der Einladung mit dem 08.10.2015 ein falsches Sitzungsdatum angegeben wurde. Richtig ist der 06.10.2015.

Nach dieser Feststellung wurde sodann die Niederschrift vom 06.10.2015 - öffentlicher Teil - einstimmig bei zwei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 6 **Antrag des Ev.-luth. Kirchenkreises auf Anpassung der Förderung der Schuldnerberatung für die Beratungsstellen in Aurich und Norden vom 03.11.2014**
Vorlage: VIII/2014/233-1

Kreisverwaltungsoberrat (KVOR) Christoffers erläuterte zunächst, dass der Ev.-luth. Kirchenkreis mit Schreiben vom 03.11.2014 die Anpassung der Förderung der Schuldnerberatungsstellen in Aurich und Norden auf insgesamt 60.000,00 € beantragt habe. Aktuell erhalten die Schuldnerberatungsstellen in Aurich und Norden einen Zuschuss in Höhe von jeweils 16.000,00 €, also insgesamt 32.000,00 € pro Jahr, so dass eine Anpassung der Förderung um insgesamt 28.000,00 € pro Jahr erfolgen würde. Begründet wurde dieser Antrag mit der Notwendigkeit, das Personal in den Schuldnerberatungsstellen aufzustocken.

Eine Überprüfung durch das Sozialamt ergab, dass immer mehr Personen die Schuldnerberatung in Anspruch nehmen und es deshalb zu immer längeren Wartezeiten kommt. **Herr Hülsebus, Diakonisches Werk**, ergänzte, dass jährlich ca. 400 Personen die Schuldnerberatung in Anspruch nehmen.

Es sei vorgesehen, in Aurich und Norden eine zusätzliche Schuldnerberaterin bzw. einen zusätzlichen Schuldnerberater (je 19,5 Stunden pro Woche) und eine zusätzliche Verwaltungskraft (je 14,00 Stunden pro Woche) einzustellen.

Herr Hülsebus wies darauf hin, dass durch die beabsichtigten Personalaufstockungen für beide Beratungsstellen Personalmehrkosten in Höhe von ca. 108.500,00 € pro Jahr entstehen. Auch bei Erhöhung des Zuschusses würde weiterhin von den beiden Trägern in Aurich und Norden ein wesentlicher Teil der Personalkosten als Eigenanteil aufgebracht werden.

Abgeordneter Frerichs wies nach Darstellung der Sachlage darauf hin, dass auch durch Banken Schuldnerberatungen angeboten werden. **Abgeordneter Sievers** warnte davor, dass es auch unseriöse private Schuldnerberater geben würde. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** erklärte, dass die Schuldnerberatung eine Pflichtaufgabe des Landkreises nach dem Sozialgesetzbuch XII sei, der Umfang dieser Aufgabenerfüllung aber eine durch die Politik zu klärende Frage ist.

Abgeordnete Altmann wies auf den Missstand hin, dass Banken teilweise ohne weitere Prüfung Kredite vergeben und die öffentliche Hand anschließend, wieder in kritischen Situationen (beispielsweise durch die Schuldnerberatung) Unterstützung sicherstellen muss.

Abgeordneter Sell empfahl, den Beschluss vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Zustimmung zu fassen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung empfahl dem Kreisausschuss einstimmig -unter Vorbehalt des Beschlusses des Finanzausschusses-, auf den Antrag des Ev.-luth. Kirchenkreises vom 03.11.2014 die Förderung der Schuldnerberatung für die Beratungsstellen in Aurich und Norden um 28.000,00 € auf insgesamt 60.000,00 € anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 7 **Antrag des Deutschen Roten Kreuz -Kreisverband Aurich- auf einen Zuschuss zur Migrations- und Flüchtlingssozialarbeit**
Vorlage: VIII/2015/170-1

Kreisverwaltungsoberrat (KVOR) Christoffers erklärte, dass das Deutsche Rote Kreuz (DRK) -Kreisverband Aurich- die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), die Integrationsberatung sowie die Flüchtlingssozialarbeit in Aurich betreibt.

Er wies darauf hin, dass der Landkreis Aurich bislang diese Aufgabe mit einem Anteil von jährlich 7.400,00 € bezuschusst hat. Aktuell entstehen durch die durch das DRK eingesetzten Mitarbeiter/innen jährliche Personalaufwendungen von 104.560,74 €. Neben dem Zuschuss durch den Landkreis erhält das DRK noch weitere Zuwendungen durch das Land, so dass insgesamt Einnahmen von 88.345,26 € gegengerechnet werden können. Es verbleibt damit eine Finanzierungslücke von aktuell 16.215,48 €.

Abgeordneter Sell empfahl auch bei diesem Tagesordnungspunkt, den Beschluss vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Zustimmung zu fassen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung empfahl dem Kreis Ausschuss einstimmig -unter Vorbehalt des Beschlusses des Finanzausschusses-, auf den Antrag des Deutschen Roten Kreuz -Kreisverband Aurich den bisherigen Zuschusses von 7.400,00 € um 16.300,00 € auf 23.700,00 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 **Antrag des Deutschen Roten Kreuzes Kreisverband Aurich e. V. auf Übernahme der Personalkosten für eine dritte Betreuungskraft für das Übernachtungsheim für Obdachlose und Nichtsesshafte in Aurich**
Vorlage: VIII/2015/279

Kreisverwaltungsoberrat (KVOR) Christoffers erläuterte, dass das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Aurich e. V., für das Übernachtungsheim für Obdachlose und Nichtsesshafte in Aurich die Übernahme der Personalkosten für eine dritte Betreuungskraft beantragt hat.

Die Antrag wurde damit begründet, dass durch die festgelegten Öffnungszeiten (Montag bis Donnerstag von 17:30 Uhr bis 08:00 Uhr und Freitag ab 17:30 Uhr bis Montag 08:00 Uhr) über 120 Stunden durch Mitarbeiter/innen abgedeckt werden müssen. Daneben sei es zu einem deutlichen Anstieg der Auslastung des Übernachtungsheims gekommen. So fanden im Jahr 2009 noch 2.552 Betreuungen statt, im Jahr 2013 waren es bereits 3.611 Betreuungen. Dies entspricht einer Steigerung von 41 %.

Die Personalkosten für eine dritte Betreuungskraft werden mit 30.000,00 € beziffert, wovon vereinbarungsgemäß 50 % auf die Stadt Aurich entfallen würden.

Vorsitzende Kleinert unterbrach die Sitzung von 15.29 bis 15.34 Uhr, um Herrn Ralf Veltjes, Einrichtungsleiter, DRK Kreisverband Aurich, das Wort zu erteilen, der sodann die Sachlage darstellte.

Abgeordnete Albers fragte nach, ob es sich bei Übernahme der Kosten um eine freiwillige Aufgabe des Landkreises handele. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** erläuterte, dass es sich hierbei um eine Aufgabe handelt, zu der der Landkreis gesetzlich verpflichtet sei und damit zu bewältigen habe.

Vorsitzende Kleinert unterbrach erneut die Sitzung von 15.36 bis 15.38 Uhr, um Herrn Ralf Veltjes das Wort zu erteilen. Er erklärte, dass vermehrt junge Leute Aufnahme im Übernachtungsheim finden. Zunehmend würde auch festgestellt werden, dass sich die Besucher der Einrichtung in Drogen- bzw. Substitutionsprogrammen befinden. Er erklärte, dass Frauen prinzipiell nicht im Übernachtungsheim aufgenommen werden können.

Abgeordnete Albers erkundigte sich, wo Frauen Aufnahme finden können. **Stellv. Gleichstellungsbeauftragte Krantz-Rewerts** erklärte, dass sie diese Frage klären wird.

Zur Gleichbehandlung empfahl **Abgeordneter Sell**, auch diese Beschlussfassung unter den Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Zustimmung zu stellen. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** wies erklärend darauf hin, dass die getroffenen Beschlüsse grundsätzlich erst nach einer haushaltsrechtlichen Entscheidung zur Ausführung kommen. Insoweit wäre eine Entscheidung unter dem haushaltsrechtlichen Vorbehalt nicht zwingend erforderlich.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung empfahl dem Kreisausschuss einstimmig -unter Vorbehalt des Beschlusses des Finanzausschusses-, auf den Antrag des Deutschen Roten Kreuzes Kreisverband Aurich die Personalkosten für eine dritte Betreuungskraft für das Übernachtungsheim für Obdachlose und Nichtsesshafte in Aurich in Höhe von 15.000,00 € zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 9

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.12.2015: Weiterentwicklung der Pflegekonferenz des Landkreises Aurich als externen Qualitätszirkel
Vorlage: VIII-AF/2015/041

Abgeordnete Albers erklärte zum Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Pflegekonferenz seit mehr als 10 Jahren existiere. Sie findet maximal einmal im Jahr statt. Die Teilnahme an diesem Treffen war zunächst schlecht, dies habe sich jetzt durch die Themengestaltung und Weiterentwicklung des Sozialgesetzbuches XI bzw. der Pflegeleistungen deutlich verbessert.

Sie führte weiter aus, dass kleinere Träger und Dienste häufig die zeitlichen Ressourcen fehlen, um Fortbildungen für ihre Mitarbeiter/innen anzubieten. Die Teilnahme an externen Qualitätszirkeln kann durch die Pflegekassen als Fortbildung anerkannt werden.

Wenn die Pflegekonferenz als externer Qualitätszirkel und damit als Fortbildungsveranstaltung anerkannt wäre, würde hierdurch dieses Treffen einen erheblichen Mehrwert für die teilnehmenden ambulanten Dienste, stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen bieten.

Kreisverwaltungsoberrat (KVOR) Christoffers ergänzte, dass sich die Möglichkeit für die Bildung einer Pflegekonferenz aus § 4 Niedersächsisches Pflegegesetz (NPflegeG) ergibt. Aufgabe der Pflegekonferenz ist demnach die Beratung von Fragen

1. der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung,
2. der notwendigen pflegerischen Versorgungsstruktur,
3. der Koordinierung von Leistungsangeboten.

Die Bildung einer Pflegekonferenz für den Landkreis Aurich wurde durch Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 25.01.2001 vorgenommen. Die konstituierende Sitzung der Pflegekonferenz fand am 29.08.2001 statt.

Kreisverwaltungsoberrat (KVOR) Christoffers wies darauf hin, dass ein Qualitätszirkel nur als solcher anerkannt werden kann, wenn dort bestimmte pflegespezifischen Themen ergebnisorientiert bearbeitet werden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert schlug vor, dass zunächst bei den Trägern der stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen wie auch bei den ambulanten Diensten nachgefragt werden sollte, ob Interesse an einem solchen Qualitätszirkel bestehe. Erst nach einer entsprechenden Feststellung wäre eine politische Bewertung dieses Antrages möglich.

Angeordneter Sell empfahl, diesen Antrag zunächst in den Fraktionen zu beraten.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig, den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 10

Sachstandsbericht zur Einführung einer Landkreis Card

Abgeordneter Forster als Mitglieder der informellen Arbeitsgruppe führte zu diesem Tagesordnungspunkt aus, dass sich nur die Gemeinde Juist und die Stadt Norden für die Einführung einer Landkreis-Card ausgesprochen hätten. Weitere Beteiligungen der kreisangehörigen Kommunen gab es nicht. Als Ergebnis stellt er damit fest, dass die Landkreis-Card gescheitert sei. Da die Politik aktuell andere Schwerpunkte habe, würde die Weiterverfolgung dieses Projektes momentan keinen Sinn machen.

Abgeordneter Forster schloss mit dem Vorschlag, dieses Thema in der nächsten Legislaturperiode noch einmal aufzugreifen

Grundmandatsträgerin Seelgen vertrat die Auffassung, dass bei einer finanziellen Beteiligung dieses Projektes durch den Landkreis die Entscheidungen der Gemeindegremien vielleicht anders ausgefallen wären.

TOP 11 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Erster Kreisrat Dr. Puchert stellte dar, dass aufgrund der bekannten Flüchtlingssituation das Thema des Sozialen Wohnungsbaus in der kommenden Zeit ein Kernthema des Landkreises Aurich sein wird. Die hohe Zahl an Flüchtlingszuweisungen erfordere, dass sich der Landkreis Aurich der Wohnungsproblematik stellt und problemorientiert Lösungsansätze entwickelt.

Er kündigte an, in der nächsten Kreisausschusssitzung am 28.01.2016 eine entsprechende Handlungsstrategie vorzustellen. Er wies darauf hin, dass er es nicht für effizient halte, wenn sich sowohl der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung als auch der Ausschuss für Migration und Integration mit der Thematik beschäftigen. Da die Flüchtlingssituation ursächlich für die aktuelle Beschäftigung mit dieser Themenstellung ist, machte er den Vorschlag, den Sozialen Wohnungsbau dem Ausschuss für Migration und Integration zuzuweisen und bat um ein entsprechende Votum.

Abgeordnete Altmann gab zu bedenken, dass durch die Zuordnung zum Ausschuss für Migration und Integration der Eindruck entstehen könnte, übrige Gruppen seien beim Sozialen Wohnungsbau im Landkreis Aurich nicht berücksichtigt worden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert stellte klar, dass der Soziale Wohnungsbau alle entsprechenden Personenkreise berücksichtigen müsse. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt müsse aber eine Priorisierung erfolgen. Hier brauche es klare Zuständigkeiten. **Abgeordneter Forster** wies noch einmal darauf hin, dass ohne die Flüchtlingskrise keine Diskussion über den Sozialen Wohnungsbau im Landkreis Aurich entstanden wäre.

Abgeordnete Albers bat noch für die kommende Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um einen Bericht der Gleichstellungsbeauftragten.

Abgeordnete Altmann bat zudem um einen Bericht der Tafeln aus dem Gebiet des Landkreises Aurich.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

TOP 12 **Einwohnerfragestunde**

Wortmeldungen lagen nicht vor.

TOP 13 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzende Kleinert schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.18 Uhr.

gez. Ingeborg Kleinert
Vorsitzende

gez. Michael Müller
Protokollführer